

STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (18/FiP/2014)

am 20.01.2014

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 26.11.2013
0772/2013/1.1
7. Jahresabschluss 2012 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH;
Weisung des Rates an die Gesellschafterversammlung
0795/2014/1.1
8. 1. Bekanntgabe von unerheblichen überplanmäßigen Auszahlungen bzw. Aufwendungen im Haushaltsjahr 2012
2. Jahresabschluss 2012
 - a) Beschlussfassung über den Jahresabschluss
 - b) Ergebnisverwendungsbeschluss
 - c) Entlastung der Bürgermeisterin**0661/2013/1.1**
9. Finanzbericht (Stand: 31.12.2013)
0793/2014/1.1
10. Haushaltssatzung 2014
0792/2014/1.1
11. Dringlichkeitsanträge
12. Anfragen
13. Wünsche und Anregungen
14. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Wimberg eröffnet um 17.03 Uhr die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Wimberg stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die mit Schreiben vom 08.01.2014 bekannt gegebene Tagesordnung wird vom Finanz- und Personalausschuss einstimmig festgestellt.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen sind nicht bekannt zu geben.

zu 5 Bekanntgaben

Keine

**zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 26.11.2013
0772/2013/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt über die Genehmigung des Protokolls.

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 7 **Jahresabschluss 2012 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH;
Weisung des Rates an die Gesellschafterversammlung
0795/2014/1.1**

Sach- und Rechtslage:

I.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH stellt gemäß § 11 Ziff 3 GesV den Jahresabschluss 2012 fest und entscheidet über die Verwendung des Ergebnisses.

In der Gesellschafterversammlung wird die Stadt Norden gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 GesV durch die Bürgermeisterin vertreten. Vor ihrer Entscheidung hat sie nach § 10 Abs. 1 Satz 2 GesV die Weisung des Rates einzuholen.

II.

Zustimmung zur Feststellung des Jahresabschlusses, zur Verwendung des Ergebnisses und zur Entlastung der Geschäftsführung

Das **Geschäftsjahr 2012** schließt für die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von **6.242,62 Euro** ab. Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Betrag auf **neue Rechnung** vorzutragen.

Weitere Informationen sind dem beigefügten testierten Jahresabschluss 2012 zu entnehmen. Er erhält u. a. auch den Lagebericht der Geschäftsführer. Auf die Wiedergabe des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer im Anhang wird verwiesen.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner Sitzung am 14.11.2013 umfassend mit dem Prüfbericht befasst und nachfolgenden Beschluss mit Empfehlung an die Gesellschafterversammlung gefasst:

Der Aufsichtsrat stimmt der Feststellung des Jahresabschlusses 2012 nebst Lagebericht durch die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH zu. Er stimmt zu, den Jahresüberschuss in Höhe von 6.242,62 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2012.

III.

Aufsichtsrat

Die Gesellschafterversammlung beschließt weiter die Entlastung des Aufsichtsrates (§ 11 Ziff 4 und 5 GesV)

Erster Stadtrat Eilers erläutert die Sach- und Rechtslage. Es liege ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vor.

Ratsherr Glumm (CDU) erklärt, dass nach seinen Berechnungen die Kennziffer „Umsatzrendite“ bei 0,016 Prozent liege. Das halte er für sehr unbefriedigend.

Vorsitzender Wimberg antwortet, diese Bemerkung als Fragestellung für die nächste Sitzung des Aufsichtsrates der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden mitzunehmen.

Ratsherr Julius (CDU) kritisiert, dass im Hinblick auf die erhöhten Kurbeitrageinnahmen in Höhe

von rund 850.000 Euro nur ein Jahresüberschuss von 6.242,62 € erwirtschaftet wurde.

Vorsitzender Wimberg klärt die Ausschussmitglieder im Hinblick auf ihre Beteiligung im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH darüber auf, wer abstimmungsberechtigt sei und lässt getrennt über die Ziffern 1.-3 und die Ziffer 4. des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt:

Die Gesellschafterversammlung wird angewiesen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss 2012 wird festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss von 6.242,62 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Den Geschäftsführern wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
zu Ziffer 1.-3.	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	6
zu Ziffer 4.	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

Ohne beteiligte Mitglieder und stv. Mitglieder im Aufsichtsrat

- zu 8
1. Bekanntgabe von unerheblichen überplanmäßigen Auszahlungen bzw. Aufwendungen im Haushaltsjahr 2012
 2. Jahresabschluss 2012
 - a) Beschlussfassung über den Jahresabschluss
 - b) Ergebnisverwendungsbeschluss
 - c) Entlastung der Bürgermeisterin
- 0661/2013/1.1

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 117 Abs. 1 Satz NKomVG ist der Rat über die über- u. außerplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen von unerheblicher Bedeutung spätestens mit der Vorlage des Jahresabschlusses zu unterrichten.

In der Anlage 1 sind diese im Einzelnen aufgeführt.

Das Prüfungsamt des Landkreises Aurich hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 mit dem Schlussbericht nach § 156 Abs. 3 NKomVG am 22.08.2013 abgeschlossen.

Der Bestätigungsvermerk des Jahresabschlusses 2012 hat im Hinblick auf § 156 NKomVG ergeben, dass

- der Haushaltsplan (abgesehen von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen) eingehalten wurde,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,

- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wurde und
- das Vermögen bis auf die Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen richtig nachgewiesen ist.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass

- der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt.
- die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung beachtet worden sind.

Ein uneingeschränktes Testat wurde der Stadt Norden vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich nicht erteilt, weil bis zum Tag des abschließenden Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 am 22.08.2013 dem Rechnungsprüfungsamt von den Wirtschaftsbetrieben der Stadt Norden weder ein Jahresabschluss noch ein Prüfbericht eines Wirtschaftsprüfers vorgelegt worden ist. Die Werthaltigkeit der in der Bilanz ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmungen konnte vom Rechnungsprüfungsamt daher nicht geprüft werden.

Der konsolidierte Gesamtabchluss des Konzerns Stadt Norden wird den politischen Gremien der Stadt Norden mit einer gesonderten Sitzungsvorlage in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Fachbereichsleiter Harms erläutert, dass die Sitzungsvorlage bereits im September 2013 von diesem Ausschuss sehr ausführlich beraten und zustimmend zur Kenntnis genommen worden sei. Der Jahresabschluss werde jetzt erneut vorgelegt, weil der Ausschuss seinerzeit der Beschlussfassung endgültig nicht zustimmen wollte, da der Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe nicht vorgelegen habe. Jetzt liege der geprüfte Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden vor. Außerdem habe das Rechnungsprüfungsamt am 10.01.2014 das uneingeschränkte Testat erteilt und dem Rat empfohlen, der Bürgermeisterin Entlastung zu erteilen.

Vorsitzender Wimberg lässt mangels weiterer Fragen über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt:

- 1. Von der in der Anlage 1 aufgeführten unerheblichen überplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen wird Kenntnis genommen.**
- 2. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.**

Der im Jahresabschluss 2012 festgestellte Überschuss im ordentlichen Bereich in Höhe von 1.272.721,13 € wird der Überschussrücklage des ordentlichen Bereiches zugeführt.

Der im Jahresabschluss 2012 festgestellte Überschuss im außerordentlichen Bereich in Höhe von 247.068,40 € wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Bereiches zugeführt.

Der Bürgermeisterin wird Entlastung erteilt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 9 Finanzbericht (Stand: 31.12.2013)
0793/2014/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Wie in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 02.09.2013 gewünscht, wird der Finanzbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Finanzbericht wird vierteljährlich, zu den folgenden Terminen erstellt:

- 31.03. (soweit sinnvoll)
- 30.06.
- 30.09. und
- 31.12..

In der darauffolgenden Sitzung wird der Finanzbericht im Finanz- und Personalausschuss vorgelegt.

Fachbereichsleiter Harms erläutert, dass die Politik im Rahmen des Berichtswesens sehr zeitnah nach Ablauf eines Quartals den Finanzbericht – zunächst ohne erläuternde Stellungnahmen der Fachdienste – erhalte. Dieser Finanzbericht stelle nicht den Jahresabschluss zum 31.12. dar, weil noch jede Menge Jahresabschlussbuchungen fehlten. Zukünftig erhalte die Politik im Rahmen des Berichtswesens auch einen Bericht zum Thema „Personalwesen“, der auch eine Planstellenentwicklung beinhalte. Diese Thematik werde er im Rahmen der Beratung der Haushaltssatzung 2014 erläutern.

Ratsherr Julius (CDU) möchte wissen, wieso im Ergebnishaushalt beim Produkt 511-01 (Stadtentwicklung/Bauleitplanung) der Saldo von 291.188,70 € in 2011 sich in 2013 auf 399.577,99 € erhöht habe.

Vorsitzender Wimberg antwortet, dass die Frage an den zuständigen Fachdienst weitergegeben werde.

Ratsherr Julius (CDU) bittet um Auskunft, wieso beim Produkt 551-01 (Planung/Bewirtschaftung Grünflächen) der Saldo auf 691.644,51 € angestiegen sei.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass sich der erhöhte Betrag durch die beschlossene Ausgliederung des Baubetriebshofs zu den Technischen Diensten aus dem städtischen Haushalt erkläre.

Ratsherr Julius (CDU) möchte wissen, wie sich die Erhöhung des Saldos beim Produkt 571-01 (Wirtschaftsförderung) auf 308.620,29 € erkläre, obgleich dort eine Person weniger beschäftigt sei.

Erster Stadtrat Eilers antwortet, dass die Frage von der Verwaltung beantwortet werde.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) lobt die Verwaltung, dass der Quartalsbericht schon so frühzeitig der Politik zur Verfügung gestellt wurde. Er bittet mitzuteilen, welche Mittel übertragen und welche

gestrichen werden könnten.

Fachdienstleiter Wiards antwortet, dass die Verwaltung die Liste der Haushaltsreste Mitte bis Ende Februar der Politik zur Verfügung stellen werde.

Der Finanzbericht wird zur Kenntnis genommen.

**zu 10 Haushaltssatzung 2014
0792/2014/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Einleitung

Aufgrund der offiziellen Steuerschätzungen können wie im letzten Jahr überwiegend steigende Erträge erwartet werden. Im Gewerbesteuerbereich, beim Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie bei den Schlüsselzuweisungen wurden die jeweiligen Ansätze im Vergleich zu 2013 angehoben.

Durch die Anhebung der Erträge mussten allerdings auf der Aufwandsseite auch die Ansätze für die Gewerbesteuerumlage und die Kreisumlage erhöht werden.

Im Vergleich zu 2013 ist bei den allgemeinen Finanzen eine Verbesserung in Höhe von 2.008.500 € zu erwarten.

Detaillierte Vergleichsberechnungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Gem. § 4 Abs. 7 der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) dürfen in jedem Teilhaushalt nur die „wesentlichen Produkte“ mit den dazu geplanten Maßnahmen bestimmt werden.

Der Rat der Stadt Norden hat daher in seiner Sitzung am 05.07.2011 die Bildung nachstehender wesentlicher Produkte beschlossen. Sie wurden gem. Ratsbeschluss vom 26.04.2012 um das Produkt 111-12 (Gebäudewirtschaft) erweitert.

Fachdienst	Produktnummer	Bezeichnung
1.1	611-01	Gemeindesteuern, Finanzzuweisungen und –umlagen
2.1	122-02	Bürgerservice und Meldewesen
2.1	122-03	Leistungen des Standesamtes
2.1	126-01	Brandschutzleistungen
2.1	553-01	Friedhofs- und Bestattungswesen
2.2	111-12	Gebäudewirtschaft
2.2	211-01	Grundschulen
2.2	216-01	Oberschule
2.2	218-01	Kooperative Gesamtschule Hage, Außenstelle Hage
2.2	221-01	Förderschule
2.2	272-01	Stadtbibliothek
2.2	281-01	Heimat- und Kulturpflege
2.2	365-01	Bereitstellung von Kindertageseinrichtungen
2.2	365-02	Soziale Betriebe
3.1	511-01	Stadtentwicklung und Bauleitplanung
3.2	571-01	Wirtschaftsförderung
3.2	571-02	Stadtmarketing
3.3	541-01	Bau, Betrieb und Instandhaltung von Gemeindestraßen
3.3	545-01	Straßenreinigung und Winterdienst

3.3	551-01	Planung und Bewirtschaftung von Grünflächen
-----	--------	---

Ergebnishaushalt

Der Entwurf des Ergebnishaushalts weist für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt einen strukturellen Fehlbedarf in Höhe von **2.546.060 €** aus.

Dieser Fehlbedarf setzt sich zusammen aus

Aufwendungen in Höhe von insgesamt	40.998.920 €
und	
Erträgen in Höhe von insgesamt	38.452.860 €

Die Zusammenstellung sämtlicher Teilhaushalte stellt sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 wie folgt dar:

TH	Bezeichnung	Aufwendungen		Erträge	
		2013	2014	2013	2014
0	Oberste Gemeindeorgane/RPA/GB und PR	769.840	617.980	73.450	27
1	Interne Dienste	19.100.280	20.157.540	29.786.470	32.567
2	Ordnung, Soziales und Bildung	11.646.820	12.124.550	3.510.520	3.433
3	Planen, Bauen und Umwelt	7.645.470	8.098.850	2.392.270	2.424
	Insgesamt	39.162.410	40.998.920	35.762.710	38.452

Die wesentlichen Veränderungen der Aufwendungen sind wie folgt begründet:

Personalaufwendungen

Der Gesamtansatz für Aufwendungen für aktives Personal (Zeile 13) beträgt für das Haushaltsjahr 2014 10.289.800 €. Im Haushaltsjahr 2013 war in der gleichen Zeile ein Betrag in Höhe von 9.878.070 € ausgewiesen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Personalaufwendungen in Höhe von 411.730 €.

Begründung:

Für das HH-Jahr 2014 wurde eine Tarifierhöhung von 2,25 % einkalkuliert. Inklusive der Sozialversicherung und der Leistungen für die Zusatzversorgung (VBL) betragen die Mehraufwendungen ca. 180.000 €.

Im Beamtenbereich sind auf Grund von gesetzlichen Änderungen (Nds. Kommunalbesoldungsverordnung) und der Einführung einer 3. Wahlbeamtenstelle Mehraufwendungen in Höhe von 11.500 € einkalkuliert.

Die Übernahme der Tätigkeit eines Klimaschutzbeauftragten ist für die Dauer von 10 Monaten mit 1,5 Stellenanteilen und Kosten in Höhe von ca. 71.000 € im Personalbudget des TH 3 enthalten. Da diese Aufgabe gefördert wird und von mehreren Gemeinden getragen wird, findet eine Refinanzierung statt. Die tatsächlichen Personalkosten liegen nach heutigem Kenntnisstand bei ca. 13.000 €

Die in den Jahren 2012 und 2013 für die Schulsozialarbeit in der GS Im Spiet befristet eingestellte teilzeitbeschäftigte Erzieherin soll auch 2014 ganzjährig beschäftigt werden. Die für die beiden zurückliegenden Jahre gewährte Förderung durch den LK Aurich entfällt für das Jahr 2014. Die Personalkosten in Höhe von 21.700 € müssen in voller Höhe von der Stadt Norden getragen werden.

Die sozialen Betriebe werden im HH-Jahr 2014 zwei weitere Krippengruppen (im Feb. im KiGa Hooge Riege und im Herbst im KiGa Wirde Landen) eröffnen. Dafür wird zusätzliches Fachpersonal (Erzieher/innen und Sozialassistenten/innen) benötigt. Auch die Kosten für die Reinigung werden sich erhöhen. Insgesamt sind Mehraufwendungen in Höhe von ca. 115.000 € in die Kalkulation eingeflossen.

Sachaufwendungen

Der Gesamtansatz für Sachaufwendungen (Zeile 15 bis 19) beträgt für das Haushaltsjahr 2014 30.562.120 €. Im Haushaltsjahr 2013 waren hierfür 29.137.340 € ausgewiesen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Sachaufwendungen in Höhe von 1.424.780 €.

Begründung:

Neben kleineren Anpassungen der Ansätze für Sachaufwendungen in 2014 wurden insbesondere folgende Ansätze erhöht:

Wie bereits in der Einleitung dargestellt, waren die Ansätze für die Gewerbesteuer- und Kreisumlage um 631.000 € zu erhöhen.

Jedes Jahr werden Anschaffungen von Vermögensgegenständen vorgenommen, die über mehrere Jahre abgeschrieben werden müssen. Der Ansatz für die Abschreibungen muss für 2014 um 100.000 Euro erhöht werden.

Für Unterhaltungsarbeiten am Rathaus wurden 130.000 € angesetzt. Hiervon soll eine Sockel- und Fenstersanierung durchgeführt und die Sicherheitstechnik erneuert werden.

Die Aufwendungen für Wahlen im Jahr 2014 mussten um 19.000 € erhöht werden, ebenso die Aufwendungen für die Unterhaltung der Fahrzeuge bei der Feuerwehr. Hier ist mit Mehraufwendungen in Höhe von 24.500 € zu rechnen.

Im Schul- und Kitabereich sollen einmalige Unterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 654.500 € durchgeführt werden. Im Vergleich zu den einmaligen Unterhaltungsaufwendungen im Jahr 2013 ergeben sich hier Mehraufwendungen in Höhe von 18.200 € (siehe Anlage 1). Die Rückbaukosten für die Reithalle Bargebur sind mit 55.000 € zu veranschlagen.

In den letzten Jahren wurde der Ansatz für das Stadtfest regelmäßig überschritten. Obwohl durch intensive Sparbemühungen das Defizit etwas reduziert werden konnte, wird dies auch dieses Jahr wieder der Fall sein. Die fehlenden Mittel mussten und müssen aus dem allg. Budget des FD 3.2 aufgegangen werden. Diese Praxis kann in der Größenordnung nicht fortgeführt werden. Daher ist der Ansatz den zu erwartenden Kosten zumindest annähernd anzupassen. Die Aufwendungen wurden um 13.900 € erhöht.

Für die Sanierung von Stadtstraßen sind einmalige Unterhaltungsaufwendungen in Höhe von 380.000 € einzuplanen. Außerdem sind die Fallschutzbereiche unter Schaukeln zu erneuern. Hier sind 15.500 € vorgesehen. Durch die Anhebung des Beitragssatzes wird sich der Anteil für die Oberflächenentwässerung um 16.000 € im Jahr 2014 erhöhen.

Finanzhaushalt – laufende Verwaltungstätigkeit

Der Entwurf der Teilfinanzhaushalte 0 bis 3 – laufende Verwaltungstätigkeit – weist für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt einen Saldo in Höhe von **- 1.653.260 €** aus.

Dieser setzt sich zusammen aus

Auszahlungen in Höhe von insgesamt	38.647.320 €
und	
Einzahlungen in Höhe von insgesamt	36.994.060 €

Die Differenz zum Fehlbetrag des Ergebnishaushaltes resultiert aus den zahlungsunwirksamen Erträgen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen) sowie aus den zahlungsunwirksamen Aufwendungen (Abschreibungen, Zuführung zu Rückstellungen). Diese Erträge und Aufwendungen werden im Ergebnishaushalt nachgewiesen und beeinflussen das Ergebnis. Da sie jedoch nicht Bestandteil der Zahlungsströme sind, sind sie im Finanzhaushalt – laufende Verwaltungstätigkeit – nicht ausgewiesen.

Im Finanzhaushalt werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Finanzierungstätigkeit nachgewiesen.

Die Zusammenfassung der einzelnen Salden ergibt nachstehende Darstellung:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 1.653.260 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 2.312.290 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.467.000 €
Insgesamt	- 2.498.550 €

Finanzhaushalt – Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen –

Die vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen umfassen ein Volumen in Höhe von **3.274.290 €** (=Auszahlungen).
(Vgl. Anlage 2 dieser Sitzungsvorlage)

Diesen Auszahlungen stehen geplante Einzahlungen in Höhe von **962.000 €** gegenüber, so dass eine Finanzierungslücke von **2.312.290 €** entsteht.

Diese wird im Finanzhaushalt – Finanzierungstätigkeit – durch die Veranschlagung einer Kreditaufnahme in Höhe von **2.272.100 €** teilweise gedeckt.

Durch Einsparungen bei den Haushaltsausgaberesten (zur Verfügung stehende aber nicht übertragene Haushaltsausgabereste) werden liquide Mittel in Höhe von insgesamt **40.190 €** eingespart, wodurch die Restfinanzierung gesichert ist.

Als herausragende Investitionsmaßnahmen sind hier zu nennen:

Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsansatz
Erwerb eines Löschfahrzeugs (Anzahlung)	120.000 €
Erneuerung der Haustechnik in der Wildbahnhalle 1. BA	450.000 €
Ausstattung naturwissenschaftlicher Räume – Oberschule -	65.000 €
Baukosten und Einrichtung Krippengruppe Wirde Landen	405.800 €
Dorferneuerung Leybuchtpolder/Neuwesteel	200.000 €
Städtebaulicher Denkmalschutz (Sanierungsmaßnahme Altes Rathaus)	627.000 €
Ausbau Nordseestraße	860.000 €
Westliche Erweiterung Leegemoor	50.000 €

Vorsitzender Wimberg erklärt, dass er darüber irritiert gewesen sei, dass die Verwaltung im Vorfeld der politischen Beratung presseöffentlich über die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2014 informiert habe.

Erster Stadtrat Eilers antwortet, dass es der Bürgermeisterin ein Anliegen gewesen sei, noch vor ihrem Kuraufenthalt der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die Haushaltsplanungen 2014 mit der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes einhergehen.

Vorsitzender Wimberg erklärt, dass er es für gut befunden hätte, wenn die in der Arbeitsgruppe Haushaltssicherung erarbeiteten Vorschläge im Vorfeld der heutigen Haushaltsberatung der Politik zur Verfügung gestellt worden wären.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass die Listen am kommenden Donnerstag mit der Ratspost der Politik zugehen werden. Sodann erläutert er den Ablauf und die nächsten Aktivitäten zum Haushalt/Haushaltssicherungskonzept. Er macht deutlich, dass die Stadt Norden von der Kommunalaufsicht des Landkreises den Haushalt 2014 nicht genehmigt bekomme, wenn kein Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2016 vorgelegt werde. Am Ende dieses Prozesses müsse der Haushalt bereits in der Planung ausgeglichen sein. Was den Jahresabschluss 2013 anbelange, gehe die Verwaltung unter Einbeziehung der guten Abschlussergebnisse der Vorjahre von einer schwarzen Null aus.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) fragt, wieso Rückbaukosten für die Reithalle Bargebur im Haushalt eingeplant seien, obgleich es zu dieser Thematik noch keine Beschlusslage gebe.

Erster Stadtrat Eilers antwortet, dass diese Haushaltposition erforderlich sei, da die Reithalle abgängig sei und beseitigt werden müsse.

Sodann erläutern Fachdienstleiter Wiards und Finanzbuchhalterin Eden mittels einer Power-Point-Präsentation den Haushaltsplanentwurf 2014 (Anlage zum Protokoll). Die Erhöhung der Ansätze der allgemeinen Finanzen beruhe auf die Anwendung des aktuellen Orientierungsdatenerlasses des Innenministeriums, der weiterhin von steigenden kommunalen Einnahmen ausgehe.

Fachbereichsleiter Harms erläutert mittels einer Power-Point-Präsentation die Entwicklung der Planstellen bei der Stadt Norden im Zeitraum von 1994 – 2013.

Ratsherr Glumm (CDU) bittet die Verwaltung, der Politik eine Übersicht über die Entwicklung der jährlichen Gesamtpersonalkosten für die Zeit von 1994 bis heute vorzulegen.

Fachbereichsleiter Harms sagt eine solche Übersicht bis zur Beratung des Haushalts zu. Auf Nachfrage zum Haushaltssicherungskonzept weist er darauf hin, dass es keine Manövriermasse gebe. Die Haushalte seien aus rechtlichen Gründen auszugleichen. Gemeinden, denen es nicht gelinge, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, müssten ein Haushaltssicherungskonzept – ausgelegt auf 3 Jahre – vorlegen und durch konkrete Maßnahmen einen Haushaltsausgleich belegen.

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans einschließlich Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 wird zur Kenntnis genommen.

zu 11 Dringlichkeitsanträge

Keine

zu 12 Anfragen

Keine

zu 13 Wünsche und Anregungen

Keine

zu 14 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Wimberg schließt um 18.19 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin
In Vertretung

Der Protokollführer

Wimberg

Eilers
Erster Stadtrat

Wilberts